

uns zufrieden zeigten“, schrieb „Ya“ am Tage nach der Veröffentlichung. Dassyndikalistische „Pueblo“ machte am gleichen Tag deutlich, daß zahlreiche Gewerkschaftler mehr Autonomie erwartet hatten: „Wir haben nicht alles erreicht, was wir wollten.“

Jetzt ist man mit Recht auf die Verhandlungen in den Cortes gespannt. Wird die 48köpfige Sonderkommission Verbesserungsvorschläge berücksichtigen? Es sollen bereits über 1000 Änderungsanträge eingebracht worden sein — natürlich mit sehr unterschiedlichen Zielsetzungen. Das Syndikatsgesetz soll im Dezember zur Debatte stehen, und die politische Bühne Spaniens ist nicht mehr so einschichtig, daß Auseinandersetzungen ausbleiben könnten. Namentlich von der Kirche erwartet man sich Veränderungsvorschläge zugunsten der Arbeiterschaft, zumal sich die Bischöfe im vergangenen Jahr gemäßigt aber eindeutig für ein freiheitliches Gewerkschaftswesen ausgesprochen hatten (vgl. Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 401). In einer abgewogenen Erklärung, die von den Altfalangisten zynisch kommentiert worden war, hatten sie damals „Autonomie“ und „Repräsentativität auf allen Ebenen“ für die Gewerkschaften und Verzicht des Staates auf „unnötige Interventionen“ gefordert sowie den Streik als ein gerechtfertigtes Mittel im Arbeitskampf bezeichnet. Ob sich der Episkopat wieder als ganzer äußern wird oder seine Wünsche über einzelne Vertreter vorbringen läßt, bleibt abzuwarten. Man wird auch vermeiden wollen, angesichts der zahlreichen Konfliktstoffe und der so zähen Konkordatsverhandlungen noch zusätzliche Konfrontationen hervorzurufen. Eine wichtige Rolle wird bei den Verhandlungen sicher dem Erzbischof von Zaragoza, P. *Cantero Cuadrado* zufallen. Er hatte eine Professur für christliche Soziallehre ausgeübt und gilt als kompetent für diesen Fragenkomplex. Außerdem ist er Abgeordneter in den Cortes, als solcher Nachfolger des Erzbischofs *C. Morcillo González* von Madrid, der auf Drängen kirchlicher Kreise auf seine politischen Ämter verzichtet hat, als man ihn mit umstrittenen Methoden zum Vorsitzenden der spanischen Bischofskonferenz machte (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 264). In dem konkreten Fall der Syndikats-

gesetzgebung zeigt sich, wie zweischneidig die Forderung nach Trennung von Kirche und Staat in Spanien sein kann. Solange die Kirche offiziell im Parlament und im Kronrat vertreten ist, wird sie zwar manchen Kompromiß eingehen müssen, sie gewinnt dadurch aber auch ein wichtiges Mitspracherecht oder wird zumindest angehört, wenn es um zentrale Fragen der Zukunft Spaniens geht.

Canteros Interview

Aufschlußreich für die Einstellung der Kirche ist ein Interview Canteros, auch wenn dieser betonte, er sei für seine Äußerungen als spanischer Bürger und Cortes-Procurador ganz allein verantwortlich (Text in „Ecclesia“, 18. 10. 69). Gegenüber den Gesetzen von 1940 stelle das Proyecto „einen Schritt vorwärts“ dar, meint Cantero, eine Bemerkung, die angesichts der noch folgenden Kritik nur als *captatio benevolentiae* verstanden werden kann. Er schloß gleich an, daß der Entwurf inhaltlich „unbefriedigend“ sei und nannte in diesem Zusammenhang „so wesentliche Aspekte wie die gewerkschaftliche Repräsentativität und Autonomie“. Schließlich hoffe er auf die Cortes-Verhandlungen, daß man dort die Differenzen zwischen christlicher Soziallehre und Prinzipien der OIT einerseits und dem spanischen Entwurf andererseits zum Ausgleich bringen könne, „um eine adäquate Einfügung des spanischen Syndikalismus in die politisch-institutionelle und sozio-ökonomische Ordnung Spaniens von heute und morgen zu erreichen“. Auf die Frage, ob er Eingaben an die Sonderkommission plane, antwortete der Bischof, er würde seine Pflicht verletzen, wenn er dies unterließe. Ein Gewerkschaftsgesetz betreffe den „größten und dynamischsten Teil der spanischen

Bevölkerung“, es sei entscheidend für ein „ausgeglicheneres und brüderliches nationales Zusammenleben“ und stelle ein Instrument zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit dar. Ausdrücklich verlangte der Bischof, daß vier Prinzipien der christlichen Soziallehre in einem Gewerkschaftsgesetz verwirklicht werden müßten: interne Autonomie, Repräsentativität, Partizipation und Subsidiarität. Ohne die Verwirklichung dieser Grundsätze — und nicht nur auf dem Papier, wie der Bischof gleich hinzufügt — gebe es „keinen echten Syndikalismus, der diesen Namen verdient, und noch weniger einen Syndikalismus, der von der kirchlichen Soziallehre inspiriert ist“. In einer gemeinsamen Erklärung, die in der Formulierung an Canteros Ausführungen erinnert, haben sich auch die katalonischen Bischöfe für eine tiefgreifende Revision des Entwurfes ausgesprochen und erneut an die Grundsätze christlicher Soziallehre erinnert (Text in „Ecclesia“, 8. 11. 69).

Jetzt kommt es auf die Cortes an, aber auch auf die Aktivität der neuen Regierungsmannschaft. Es wird sich dabei herausstellen, ob das Opus Dei, das jüngst die Falangisten überundet hat (10 Minister sollen dem Opus nahestehen), sich nun durchsetzen kann und ob es sich in den Gewerkschaftsfragen tatsächlich von der christlichen Soziallehre bestimmen läßt — was konkret bedeuten würde, allgemeine Grundsätze freiheitlicher Demokratien zu verwirklichen. Die Hoffnungen sind nicht übermäßig groß. Wohl ist das Opus Dei ein Zusammenschluß viel zu disparater Individuen, von dem außerdem behauptet wird, es gehe ihm weniger um die „Sache Gottes“, als um Positionen und Ansehen, um Einflußnahme und Macht, und zwar in recht weltlichem Sinne. Gerne würde man sich vom Gegenteil überzeugen lassen.

Portugal anläßlich der Wahlen

Am 26. Oktober wählten Portugal und seine „Überseeprovinzen“ (letztere von der Opposition und von der UNO allerdings als „Kolonien“ bezeichnet) die 130 Abgeordneten der Nationalversammlung. Zum ersten Mal seit über 40 Jahren waren auch Oppositionsgruppen am Wahlkampf beteiligt. Als ad hoc konsti-

tuierte „Wahlkommissionen“, nicht jedoch als Parteien, konnten sie sich um Wählerstimmen bemühen. Obwohl ihre Aktivität auf nur vier Wochen eingeschränkt war, gelang es ihnen, etwas Leben in die politische Eintönigkeit eines Einparteienstaates zu bringen. Auch ohne direkte Manipulationen fiel das Wahlergebnis

wiederum eindeutig aus: Von den 300 Kandidaten konnten sich nur solche durchsetzen, die sich auf der Liste der *União Nacional* hatten nominieren lassen. Diese einzige legale Partei Portugals tritt ein für die Fortsetzung der Politik *M. Caetano's*, Salazars Nachfolger. Die nationale Union besetzte wieder alle 130 Parlamentssitze, von denen 23 auf die Vertreter von Ultramar, der Überseegebiete, fallen.

Trotz dieser Eindeutigkeit im Wahlausgang ist die politische Situation Portugals heute weitaus differenzierter, als sie noch in den letzten Jahren der Salazar-Herrschaft gewesen war, trotz des kaum veränderten Wahlmodus. Von den 9,5 Millionen Portugiesen waren nur 1,8 Millionen wahlberechtigt. Mehr hatten sich nicht in die Wahllisten eintragen lassen, ein Vorgang, der bereits im März abgeschlossen sein mußte, also zu einem Zeitpunkt, als die Opposition noch gar nicht aktiv werden durfte. Zum ersten Mal waren auch Frauen zu den Wahlen zugelassen. Von vornherein ausgeschlossen blieben nach wie vor die Analphabeten (sie werden auf 38% der Gesamtbevölkerung geschätzt) und die im Ausland lebenden Portugiesen (man schätzt etwa eine Million legaler und illegaler Emigranten). Aber selbst von den Registrierten gingen schließlich nur 1 114 000 zur Wahl. — Von den 14 Millionen Bewohnern Angolas, Moçambiques, Portugiesisch Guineas etc. waren überhaupt nur knapp 1% wahlberechtigt, und diese sprachen sich zu weit über 90% für Caetano aus. In Portugal selbst stimmten für die Nationale Union 88% der Wähler, immerhin 12% für eine der Oppositionsgruppen (es handelt sich noch um vorläufige Ergebnisse, nach „Portugal Report“, November 1969).

Daß trotz dieser 12% kein einziger Oppositionskandidat ins Parlament einziehen konnte, liegt an dem bedenklichen Wahlsystem, das keinerlei Proporzverteilung ermöglicht. Nur jeweils jene Liste gewinnt, und zwar alle Sitze, die die meisten Stimmen des Distrikts auf sich vereinigt. Dies ist der Opposition in keinem der 18 Wahlkreise Portugals gelungen. Für ihr ungünstiges Abschneiden sind noch weitere Ursachen verantwortlich, die einerseits im undemokratischen System, andererseits in taktischen Fehlern der Opposition selbst

begründet waren. Wie erwähnt, durften sich die Oppositionsgruppen erst vier Wochen vor der Wahl legal zu Wahlkommissionen konstituieren, mußten aber auch in dieser kurzen Frist noch mit subtilen bis massiven Behinderungsmanövern seitens der Polizei und der *União* kämpfen. Nur die Nationale Union konnte Radio und Fernsehen für ihre Propaganda in Anspruch nehmen; die Oppositionellen hatten sich mit Zeitungen konnten nur in geschlossenen Räumen und mit polizeilicher Erlaubnis abgehalten werden, wobei jeweils nur die Kandidaten des Distrikts auftreten durften. Jede Wahlkommission mußte selbst die Stimmzettel an die Wähler verschicken, die Wahlregister wurden aber vielfach gar nicht so lange ausgehändigt, daß man alle Adressen hätte abschreiben können (nach „Time“, 31. 10. 69). Schließlich stand die Polizei stets im Hintergrund und notierte sich unliebsame Äußerungen. Bereits unmittelbar nach der Wahl sollen auch gleich Oppositionsredner von der Geheimpolizei PIDE vorgeladen worden sein, um sich für Äußerungen aus Wahlreden zu rechtfertigen („Témoignage Chrétien“, 30. 10. 69).

Wer ist die Opposition?

Noch im Frühjahr hatten sich alle oppositionellen „Sozialisten“, „Demokraten“, „Linkskatholiken“ und Kommunisten (hier herrscht Eindeutigkeit, es dominiert die Moskauer Richtung) auf ein gemeinsames Programm geeinigt. Die *Comissão Eleitoral Monárquica* (CEM) kann hier unbeachtet bleiben: Es handelt sich um ein monarchistisches Grüppchen, das die Regierungspolitik grundsätzlich unterstützt und das in Lissabon (in anderen Wahlkreisen hatte die CEM keine Kandidaten aufgestellt) nur 1352 Stimmen erhielt. Die gesamte Linke dagegen versteht sich als Alternative zur Regierungspolitik. Sie verlangt Verwirklichung aller demokratischen Grundfreiheiten, Demokratisierung der Wirtschaft, des Erziehungs- und Gesundheitswesens, Reform der Agrarstruktur, vor allem aber eine Verfassungsreform, die die Regierung dem Parlament gegenüber verantwortlich machen soll, und schließlich die Revision der Kolonialpolitik, und zwar auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts und in Zusammenarbeit mit den Vereinten Natio-

nen. Einige Gruppen unter der linken Opposition forderten außerdem radikale Enteignungs-, Verstaatlichungs- und Sozialisierungsmaßnahmen, von der auch die Liberalen schockiert wurden.

Aus bislang nicht ganz aufgeklärten Gründen zerstritt sich die Opposition schließlich und trat dann auch, namentlich in den wichtigen Wahlbezirken Lissabon und Porto, in getrennten Kommissionen auf. Die gemäßigte *Comissão Eleitoral para a Unidade Democrática* (CEUD) unter Führung des Sozialdemokraten *M. Soares* vereinigte nichtmarxistische Intellektuelle und alte Salazar-Gegner. Soares, den Caetano aus dem Exil in São Tomé zurückgeholt hatte, erlebte jedoch ein Fiasko: Man muß befürchten, daß die gemäßigten Kräfte, die nur etwa 2% der Wählerstimmen erringen konnten, künftig wohl keine reale Chance mehr haben werden. Etwa 10% erhielt dagegen die überwiegend marxistisch orientierte *Comissão Democrática Eleitoral* (CDE) des an der Technischen Hochschule in Lissabon tätigen Wirtschaftswissenschaftlers *F. Pereira de Moura*, der in seiner Mannschaft Altsozialisten, linksgerichtete Katholiken, ja selbst katholische Priester mit teilweise recht nebulösen Vorstellungen von Marx und Che Guevara und schließlich Kommunisten zusammengetrommelt hatte. Die Regierung ist sich klar, daß ihr ihre Opposition in der radikalen Linken erwachsen wird, eine Strömung also, die sich offenbar auf geheime Parteistrukturen, auf kommunistisch geschulte und wohl auch vom Ausland finanzierte Kader stützen kann. Außerdem dürften sich künftig noch zahlreiche jugendliche Oppositionelle aus der Schüler- und Studentenschaft zur CDE schlagen, so daß man heute schon der radikalen Linken eine politische Zukunft voraussagt.

Mangelndes politisches Bewußtsein

Die portugiesische Bevölkerung hat zu viele Wahlfarcen erlebt, als daß man von ihr begeisterte Teilnahme an einem so kurzfristigen Wahlkampf hätte erwarten dürfen. Nicht zuletzt ist die Staatsführung der letzten 40 Jahre dafür verantwortlich, daß es an politischem Bewußtsein in einer breiteren Bevölkerungsschicht fehlt. Man hat seine Erfahrungen mit der politischen Polizei

gemacht, man exponiert sich also nicht mehr gerne. Der Regierungspartei gegenüber hegt man Mißtrauen, aber auch der Opposition, die unter dem Ruch des „Kommunismus“ steht und möglicherweise durch einen „Bürgerkrieg“ die Schwierigkeiten des Landes noch vermehren könnte.

So ist immerhin bemerkenswert, daß Caetano nach eigenen Aussagen Polizei und Zensurstellen anweisen ließ, die „für den Wahlkampf notwendige Freiheit“ zu gewähren (nach „ABC“, 24. 10. 69). Äußerungen allerdings, die dem Land gefährlich werden könnten, seien zu vermeiden. Was darunter zu verstehen war, läßt sich unterschiedlich interpretieren. Daß Caetano aber ernsthaft eine relativ liberale Wahlkampfatmosphäre anstrebte, bewies er, als ein Trupp Rechtsextremer ein Wahllokal der CDE demolierte und Oppositionelle mißhandelte. Caetano hat diesen Vorgang öffentlich mißbilligt und Strafverfolgung angekündigt. Gewiß ging es ihm auch um das Ansehen Portugals im Ausland. Deshalb läßt es sich schwer entscheiden, ob er das nach wie vor harte Regime aus grundsätzlicher Überzeugung aufrechterhält, oder ob er angesichts der Auflockerung einer über vierzig Jahre alten Diktatur eine Notwendigkeit für nur sehr langsames Nachlassen der repressiven Maßnahmen sieht. Auf die Frage von Journalisten, warum die Zensur nicht abgeschafft werde, antwortete er mit dem Argument, es sei doch wohl unklug, der subversiven Opposition eine psychologische Waffe anzubieten, mit der sie einen Bürgerkrieg vorbereiten könne, außerdem mache die Ablösung des Salazarismus eine Übergangsregelung erforderlich, die noch nicht alle Freiheiten gestatte. Die Regierung plane jedoch die Vorlage eines Pressegesetzes während der neuen Legislaturperiode.

Zurückhaltung der Kirche

Die Gefahr eines Bürgerkriegs droht übrigens ebenso von rechtsextremen Gruppen, die den Linken nicht einen Schritt nachzugeben gewillt sind. Der Ausgleich zwischen diesen Extremen wird Caetanos Aufgabe sein.

Ebensowenig wie der Staat hat die offizielle Kirche Portugals auf die Schaffung des notwendigen staatsbürgerlichen Bewußtseins im demokratischen Sinn hingewirkt. Heute

läßt sich innerkirchlich die Spaltung zwischen salazaristischen Elementen in der Hierarchie und sehr reformwilligen, zum Teil marxistischen Kräften im jüngeren Klerus kaum mehr überbrücken. Die Bischöfe haben sich aus Anlaß der Wahlen veranlaßt gesehen, eine Erklärung und einen Aufruf zur Wahl abzugeben. Das nichtssagende Dokument ist offenbar ein krampfhafter Kompromiß zwischen den unterschiedlichen Denkrichtungen (Text in „Novidades“, 28. 9. 69). Gleich einleitend hieß es, richtig zwar, aber in dieser Situation nicht gerade überzeugend. Die Aufgabe der Kirche sei wesentlich eine religiöse. Die Kirche müsse sich um das „Heil des Menschen“ kümmern, dazu sei die „Unabhängigkeit der Kirche von den Mächten dieser Welt“ erforderlich. Allerdings ist schon seit Jahrzehnten die Trennung von Kirche und Staat in der portugiesischen Verfassung verankert, und trotzdem hat bis in jüngste Zeit eine recht enge Allianz zwischen Salazar und einigen leitenden Bischöfen bestanden, die sich nicht zuletzt gegen demokratische Bestrebungen richtete. Caetano hat auch auf dieser Ebene eine bemerkenswerte Geste gemacht, indem er den von Salazar exilierten sozialkritischen Bischof von Porto, *A. Ferreira Gomes*, einlud, nach Portugal zurückzukehren (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 389). Die Kirche, so hieß es weiter in dem erwähnten Dokument, lebe nun einmal auch in dieser Welt und müsse als „Ferment“ im öffentlichen Leben wirksam sein. Sie fordere deshalb die Christen zur Erfüllung ihrer Wahlpflicht auf. Niemand aber dürfe in opinablen Angelegenheiten die Kirche ausschließlich für sich in Anspruch nehmen. Parteiinteressen, Neigungen und Abneigungen müßten dort zurückgestellt werden, wo höhere Werte im Spiel seien. Die Öffentlichkeit solle um Dialog, Verständigung, Solidarität, um Wahrheit, Gerechtigkeit, Liebe und Gemeinwohl bemüht sein. Erst am 15. November, nach Abschluß ihrer Vollversammlung in Lissabon, veröffentlichten die Bischöfe ein *Kommuniqué*, in dem sie Rechtssicherheit, Informations-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit forderten.

Sehr unbeliebt machte sich Caetano bei der extremen Rechten allein schon durch die Tatsache, daß er die Frage der überseeischen Gebiete in die Debatte warf und dadurch auch

der Opposition Gelegenheit bot, dieses Thema aufzugreifen. Das genügte schon, um ihn suspekt zu machen. Staatspräsident *A. Thomaz* hatte zuvor betont, Ultramar müßte verteidigt, aber nicht diskutiert werden. Dennoch stellte Caetano im Wahlkampf die rhetorische Frage: „Verteidigen wir Ultramar oder geben wir es unseren Feinden?“

Hauptsächlich an dieser Problematik dürfte die Opposition gescheitert sein. Gewiß waren ihre Argumente nicht von der Hand zu weisen, sie stießen bei den Portugiesen aber auf taube Ohren. Portugal zeigt alle Merkmale eines typischen Entwicklungslandes. In allen Indizes über Analphabetismus, Hochschulwesen, Energieerzeugung, Proteinverbrauch und Prokopfeinkommen rangiert es gelegentlich vor, zumeist hinter und zwischen Griechenland und der Türkei. Dennoch unterhält Portugal 130 000 Soldaten in Übersee, um den Guerillakampf einzudämmen und seine Macht gegen die auf die Dauer wohl nicht aufzuhaltende Unabhängigkeitsbewegung zu halten. Während die Regierung behauptet, nur 10% des Nationalbudgets flössen in diese Gebiete, nennt die Opposition die wohl zutreffendere Zahl von 48%, auch wenn darin Aufwendungen für Straßenbauten und Industrieanlagen etc. enthalten sind. Portugal könnte sich sehr wohl sanieren, wenn es diese ziemlich aussichtslosen überseeischen Unternehmungen aufgäbe, argumentiert die Opposition. Eine klare Alternative zur Afrikapolitik der Regierung haben die Linken aber auch nicht anzubieten. Sie betonen jedoch mit Recht, zum gegenwärtigen Zeitpunkt komme es zunächst einmal darauf an, das Tabu aufzuheben, um sachliche Informationen erarbeiten zu können, so daß man dann mit den Stellen der UNO in Verbindung treten und Verhandlungen mit den Aufständischen selbst aufnehmen könne.

Bislang war der Verzicht auf Ultramar nur von den Kommunisten gefordert worden. Jetzt hat auch die demokratische Opposition diesen Gedanken aufgegriffen und dadurch bei einem Großteil der Bevölkerung die Sympathien eingebüßt. Trotz aller Opfer, die Afrika den Portugiesen abverlangt, oder gerade wegen der vielen Opfer an Geld und Blut in der Vergangenheit, ist der Durchschnittsportugiese nicht bereit, sich

an den Gedanken zu gewöhnen, die überseeischen Gebiete könnten eines Tages verlorengehen. Das portugiesische Volk ist „nationalistisch bis ins Mark“, schrieb der Korrespondent der spanischen „ABC“ (28. 10. 69), und dieses Moment hat der Linken den Erfolg vereitelt.

Aus dem gleichen Grund erwies es sich als folgenreicher Fehler, daß die Opposition Vertreter der Sozialistischen Internationale zu den Wahlen einlud. Als diese von der Regierung forderten, als offizielle Wahlbeobachter zugelassen zu werden — obwohl die Opposition in den Wahllokalen präsent sein konnte —, sprach Caetano wohl den meisten Portugiesen aus dem Herzen, als er diese Aktion als „unerträgliche Einmischung“ bezeichnete und die sechs Ausländer des Landes verwies. Dieser Akt hat Caetano wohl noch manche Stimme eingebracht.

Ungewisse Zukunft

Die Unfreiheit ist in Portugal nicht beseitigt, aber man kann nicht den Regierungschef für jeden undemokratischen Akt verantwortlich machen. Das alte Regime hat seine Tradition, und diese ist nicht schon mit dem Spitzenwechsel zu beseitigen. In der Polizei und bei manchen Machthabern wird die traditionelle Mentalität noch lange wirksam sein. Einen plötzlichen Gesinnungswandel zu erwarten wäre unrealistisch. Dennoch ist ein gewisses Vertrauen in Caetanos Liberalisierungsabsichten

gerechtfertigt. Man darf ihn gewiß nicht mit westeuropäischen Maßstäben messen wollen, damit wären auch seine realen Wirkungsmöglichkeiten nicht zu erfassen. Man mag sogar bezweifeln, daß Caetano ein „echter Demokrat“ im gemeinverständlichen Sinne ist, immerhin muß man ihm zugestehen, daß er eine innere Entwicklung und einen Gesinnungswandel vollzogen hat, die zu einer deutlichen Distanzierung von Salazar führten. Unbestreitbar hat er eine gewisse Öffnung herbeigeführt, für die er auch den notwendigen Rückhalt bei den meisten Abgeordneten finden dürfte, unter denen bemerkenswerterweise 93 Neuparlamentarier sind. Die Abgeordneten der União sind durchaus nicht alle Mitglieder oder Anhänger dieser Partei, vielmehr finden sich unter ihnen liberale Kräfte, ja alte Salazargegner, die unter dessen Regiment auf eine Nominierung verzichtet hatten. Die Gefahr für Portugal, das sich langsam dem europäischen Durchschnitt angleichen möchte, droht gegenwärtig von rechts, namentlich von den Militärs, für die Caetanos Reformismus wie ein rotes Tuch wirkt. So halten sich hartnäckig Gerüchte über einen möglichen Militärputsch. Eine solche Chance dürfte durch die Parlamentswahlen aber reduziert worden sein, da sie als ein eindeutiger persönlicher Sieg Caetanos verstanden werden können. Der erkonservative *F. Nogueira* ist jüngst von seinem Amt als Außenminister zurückgetreten

und als Abgeordneter ins Parlament eingezogen. Ob er sich eine politische Zukunft gegen Caetano erhofft? Immerhin ist sein Rücktritt ein weiteres Zeichen dafür, daß man Caetano nicht mit Salazar identifizieren darf.

Die Opposition hatte diesmal noch keine Chance im Parlament, vielleicht aber in vier Jahren. Immerhin haben die vier Wahlkampfwochen einen bescheidenen Meinungsbildungsprozeß in Gang gebracht. Die Linke hatte sich von vornherein keine großen Hoffnungen gemacht, vielleicht ist sie sogar ganz froh darüber, sich nicht einer erdrückenden Mehrheit im Parlament stellen zu müssen. Zu übersehen ist die Opposition aber nun nicht mehr. Caetano wird mit ihr rechnen müssen, und nur durch überzeugende Reformen kann es ihm gelingen, den radikalsozialistischen Kräften das Wasser abzugraben. Der Salazarismus ist gewiß zu Ende, auch wenn es Salazar selbst noch nicht weiß. Sein Schicksal ist wohl einmalig. Als er am Wahltag seine Stimme persönlich abgab, wußte er noch immer nicht, daß er bereits vor über einem Jahr abgelöst worden ist. Über vierzig Jahre lang hat Salazar fast allein das Land regiert. Heute erscheinen vor ihm die längst abgelösten Minister des alten Kabinetts, um ihm „Bericht zu erstatten“ und ihm die Illusion zu erhalten. Die persönliche Integrität kann man Salazar nicht abstreiten. Den Anschluß an die Zeitentwicklung hatte er nicht gefunden.

Vorgänge und Entwicklungen

Auf dem Weg zur Interkommunion?

Lukas Vischer, Sekretär der Faith-and-Order-Kommission, stand mit seinem Vorschlag an den Zentralausschuß des Weltrates der Kirchen in Canterbury im August 1969 nicht ganz so allein, wie es die Reaktionen dort zu zeigen schienen (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 462). Vielleicht hat er deshalb das Studiendokument seiner Kommission getrost veröffentlicht: „Über die Interkommunion hinaus! Auf dem Weg zur eucharistischen Communion“ (in: „Study Encounter“, Genf 1969, Nr. 3, S. 94—114; inzwischen in deutscher Übersetzung in: „Ökumenische Rundschau“, Oktober 1969, S. 574 bis 592). Gleichzeitig assistierte ihm der Direktor des Ökumenischen Instituts des Lutherischen Weltbundes in Straßburg, V. Vajta, mit einer Schrift: „Interkommunion — mit Rom?“ (bei Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1969, 106 S.). Die Frage im Titel täuscht insofern, als er

mit positiven Vorschlägen schließt, die „heraus aus der Sackgasse“ führen. Das ist für Lutheraner eine beachtliche Tat! Von römisch-katholischer Seite erfolgte Anfang September 1969 auf der Allafrikanischen Kirchenkonferenz in Abidjan die kühne Initiative des Erzbischofs *Amissah* von Cape Coast, Ghana (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 456). Folgen wir zunächst dem Genfer Studiendokument, das in Canterbury vorlag und über dessen Entstehungsgründe früher berichtet wurde (vgl. „Kontroversen um die Interkommunion“, Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 266).

Der Anfang des Dokuments resümiert die ökumenische Diskussion, die bereits das Stadium weitverbreiteter Experimente erreicht hat und die bestehenden Grenzen kirchlicher Disziplin bewußt überschreitet, teils aus Protest gegen die bisherigen Formen der Autorität und eta-